

Die IG Metall und das System der Sprachregelung

Ein Kapitel bundesdeutscher Ideologiekritik

1400 Zeitungsartikel, davon über 300 Kommentare der bundesrepublikanischen Presse, berichteten und urteilten Ende Oktober 1960 über den 6. Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin. Millionenfach vervielfältigt, erreichten diese Berichte und Urteile den Leser und formten seine Vorstellungen über Arbeit und Zielsetzungen der mächtigsten Organisation der freien Gewerkschaftsbewegung. Denn wie alle Gewerkschaften des DGB legt auch die IGM auf ihrem Gewerkschaftstag in aller Öffentlichkeit Rechenschaft ab über ihren Bestand, ihre Entwicklung, Leistungen und Ziele.

Es hat sich rasch herumgesprochen, daß die vom Vorstand der IGM vorgetragene und von den Delegierten weitestgehend bestätigte gesellschaftspolitische Analyse und Programmatik in der Presse, in der „Öffentlichkeit“ vorwiegend negative Reaktionen auslöste; insbesondere *Otto Brenners* wirtschaftspolitisches Grundsatzreferat, auf dessen Aussagen und Beurteilungen wir uns hier beschränken, fand, wie es so heißt, eine „ungünstige Aufnahme“ bei den meisten Kommentatoren.

I

Regisseure und Opfer der Sprachregelung

Nun ist öffentliche Kritik gerade der mächtigsten Organisationen notwendig und sogar ausdrücklich zu fordern. Leider gründet sie hierzulande oft weniger auf Sachkenntnis als auf dem Wunsch, dem Käufer und Inserenten damit zu gefallen — was unter anderem zu der Praxis führt: ein Klaps nach rechts, ein Hieb nach links. Insofern sind die Gewerkschaften insgesamt allerlei Ungutes gewohnt. Im Falle der schlechten Presse aber, die die IGM hatte, war eine erschreckende fundamentale Fehldarstellung und Fehlbeurteilung entscheidender Äußerungen festzustellen. „Der Antisemitismus ist das Gericht über die Juden“ (Adorno); nun, dies war die Fabrikation des Gerichts über die IG Metall: auf Grund oder Mithilfe eines Systems der konformistischen Sprachregelung.

Eine qualitative Analyse der genannten 300 Kommentare ergab: Es liegt ein bestimmter, ziemlich begrenzter Bestand vorgefaßter Meinungen über die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der IGM vor. Dieser Bestand von Vorurteilen wird teils produziert, teils zum Ausdruck gebracht durch einige stereotype, immer wiederkehrende Phrasen, Wortverbindungen, Schlußfolgerungen schein-kritischer Art. Das Ensemble dieser pseudo-kritischen Wendungen kann man als „*System der konformistischen Sprachregelung*“ bezeichnen: es ist eben jenes Vokabular, das entweder bewußt angewandt oder unbewußt (auch bereits in Gewerkschaftskreisen!) übernommen wird, um ein auf soziale Neugestaltung gerichtetes Denken als Unsinn, Unmöglichkeit, Spintisiererei abzufertigen.

Für unsere Untersuchung wurden aus der großen Zahl der Kommentare einige typische aus tonangebenden Zeitungen ausgewählt¹⁾.

1) Der Einfachheit halber wird im folgenden Text nicht jedesmal die Quelle, sondern die Ziffer genannt, die die zitierten Artikel hier erhalten: (1) die Veit v. 24. 10. (I. Eisner); (2) Sonntagsblatt (evg., führend) v. 30. 10. (W. Meyer-Larsen); (3) Allgemeine Sonntagszeitung (kath. führend) v. 30. 10. (B. Streithofen, OP); (4) Handelsblatt v. 25. 10. (G. Schneider); (5) Westdeutsche Rundschau v. 21. 10. (C. D. M.); (6) Westdeutsche Allgemeine v. 21. 10. (A. Gaissmayer); (7) Frankfurter Rundschau v. 24. 10. (O. Witt); (7a) Kölner Stadt-Anzeiger v. 22. 10. (O. Witt); (7b) Stuttgarter Zeitung v. 24. 10. (O. Witt); (7c) Frankfurter Rundschau v. 27. 10. (O. Witt); (7d) Stuttgarter Zeitung v. 14. 11. (O. Witt); (8) Hannoversche Presse v. 22. 10. (M. G. Giesel); (9) Industriekurier v. 25. 10. (gt); (10) Frankfurter Allg. Zeitung v. 24. 10. (E. G. Vetter); (11) Frankenpost v. 27. 10. (F. Poppenberger); (12) Frankfurter Neue Presse v. 21. 10. (M. Schulte); (13) Soziale Ordnung (Org. d. christl.-sozialen A.nehmersch.) v. Nov. 60 (L. Esser); (14) Süddeutsche Zeitung v. 25. 10. (sk); (15) Der Volkswirt v. 29. 10. (P. Sweerts-Sporck); (16) Die Zeit v. 28. 10. (Th. Sommer). In diesem Querschnitt können nur (8) und (12) als sachgemäß ausgezeichnet werden.

Dabei geht es (abgesehen von einer Ausnahme, s. u.), wenn hier kritisch zitiert wird, nicht um persönliche Kritik an bestimmten Kommentatoren. Zwar ist nicht daran zu zweifeln, daß es einflußreiche meinungsbildende Instanzen und Personen gibt, die restaurative Sprachregelung in unermüdlicher, geschickter Regieführung unters Volk bringen. Aber es wäre müßig, mit dieser Analyse jene Kreise „aufklären“ zu wollen. Vielmehr gilt die Analyse allen meinungsbildenden Kräften innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die guten Willens und interessiert daran sind, nicht Opfer zu sein oder zu werden einer konformistischen Phraseologie und Denkungsart, die den Schritt zur sozialen Neuordnung durch Schwindel zu hindern sucht.

*Sechs Stereotypen*²⁾

In welchem Maße in der Bundesrepublik eine Denk- und Sprachregelung funktioniert, die um so bedenklicher ist, als sie als solche offenbar von den wenigsten wahrgenommen wird, zeigt die große Menge gleichförmiger, stereotyper Wendungen in den analysierten Kommentaren. Während außer in *einem* Fall exakte, sachhaltig-kritische Anfragen an die wirtschaftspolitischen Ausführungen Brenners nicht vorliegen (obwohl sie durchaus möglich wären, s. u.!), kann man die Riesenmenge des Vorgebrachten weitgehend auf sechs Stereotypen reduzieren, die wie folgt zu kennzeichnen sind: „Ideologie, marxistisches Dogma“; „Antiquierte Konzeption“; „Planung ist Zwang ist Ostwirtschaft“; „IGM isoliert sich“; „Weltfremd statt zeitnah“; „Der Boß und die falschen Berater“.

Es werden nun zunächst jeweils einige Varianten dieser Stereotypen zitiert (um nicht langatmig zu werden, muß das mit Kürzungen und Abkürzungen³⁾ geschehen). Dem werden die faktischen Aussagen Otto Brenners konfrontiert, und die ideologisch- verfälschende Funktion der stereotypen Wendungen wird mit — notgedrungen sehr knappen — Hinweisen erhellt. Vorweg hier die zusammenfassende Formulierung der in Frage stehenden IGM-Wirtschaftspolitik aus der entsprechenden Entschließung (Nr. 4) ihres Gewerkschaftstages:

Dieser „bekennt sich erneut zu den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Münchner Gründungskongresses des DGB. Er unterstreicht die Notwendigkeit, an die Stelle planloser Entwicklung die planvolle Lenkung des gesamtwirtschaftlichen Prozesses im Interesse der Allgemeinheit zu setzen und die Arbeitnehmer auf der betrieblichen und überbetrieblichen Ebene an den wirtschaftlichen Entscheidungen uneingeschränkt und gleichberechtigt teilhaben zu lassen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die öffentliche Kontrolle über die Wirtschaft und auch die Überführung entscheidender Schlüsselpositionen in Gemeineigentum.“

II

„Dogmatisch“ und „Überholt“

Alle sechs genannten scheinkritischen Stereotypen hängen natürlich eng miteinander zusammen, überschneiden sich, alle sind sie Rationalisierungen des einen Grund-Affekts: des Unvermögens und Unwillens, übers Bestehende denkend und gestaltend hinauszugehen. (Und die IGM steht, als die größte nonkonformistische Kraft unserer Gesell-

2) Unseres Wissens hat zuerst Walter Lippmann (Public Opinion, New York 1922) ungeprüfte klischeehafte (Vor-)Urteile, insbesondere über Charakterzüge nationaler Gruppen, mit einem wohl ursprünglich aus der Drucktechnik stammenden Begriff „Stereotypen“ genannt. Vgl. neuerdings über empirische Belege des Stereotypendenkens P. R. Hofstätter, Das Denken in Stereotypen, Göttingen 1960. — Übrigens folgen wir hier nicht dem u. E. grammatisch widersinnigen Sprachgebrauch: *das* Stereotyp, die Stereotype (plur.).

3) Wi = Wirtschaft bzw. wirtschaftlich; WiPol = Wirtschaftspolitik; GrPro = Grundsatzprogramm; GoPro = Godesberger Programm; B = O. Brenner; Gew = Gewerkschaften bzw. gewerkschaftlich.

schaft, hier zugleich beispielhaft für alle vorwärtsgerichteten Kräfte, die sämtlich den gleichen -stereotypen Einwänden begegnen.) Es ist aber nützlich, Schwerpunkte der Argumentation zu unterscheiden.

Kennzeichnen wir die ersten beiden, eng zusammenhängenden Argumentationsgruppen; die erste kristallisiert sich um die diffamierend gemeinten Worte *marxistisch-ideologisch-dogmatisch*; das hört sich so an:

marxistischer Aufguß, der nur schaudern konnte (7 a); den Klischees des doktrinären Marxismus verhaftet (15); B holte aus der marxistischen Mottenkiste abermals das Ideal des zwangsverwalteten Staates (16); reinste marxistische Wi-Lehre (10); gäbe für die Gew. lohnendere Aufgaben als starren Dogmatismus (2); alte Leier der Sozialisierung zu einem Zeitpunkt, wo jedermann dogmatischen Ballast über Bord werfen würde (1); Treue zum Dogma ist gegen jede gew Tradition (1); Dogmatiker, die am althergebrachten Klassenschema festhalten (15); die verstaubte Ideologie von dazumal (2); anstelle der Ent-Ideologisierung im DGB (4) betreibt B die Re-Ideologisierung (9); ideologische Haarspaltereien (15); Nebel der Ideologie (10).

Nehmen wir, bevor dem die tatsächlichen wirtschaftsprogrammatischen Aussagen Otto Brenners gegenübergestellt werden, noch den Tonfall der 2. Gruppe zur Kenntnis, Variationen der Stereotypen *überholt — 19. Jahrhundert*:

GrPro spiegelt die Not der Nachkriegsjahre wider (7c); B will nicht wahrhaben, daß die Welt sich in dem verflossenen Jahrzehnt gewandelt hat (16); seine Uhren blieben stehen (15); er verkündet Thesen, wie sie vor 10 Jahren der SPD-Wi-Experte Nölting vertrat, dessen Anschauungen inzwischen schlagend widerlegt wurden (10); — Konzept antiquiert, paßt in die Landschaft des 19. Jhd. (3); Moderluft des Klassenkampfzeitalters (5); klassenkämpferische Erinnerungen aus den Archiven hervorgeholt (7); nicht begriffen, daß Klassengesellschaft des 19. Jhd. durch pluralistische Ordnung abgelöst worden ist (15).

Diese Thesen münden dann vielfach in eine „witzige“ ideologische Umwertung der Begriffe restaurativ und reaktionär: „Dieser zeitliche Rückgriff wirkt sich ... als geistige Reaktion , aus. Die Reaktionäre stehen links“ (3), ähnlich viele, vor allem (7), (7a), (7b), (13), (16): IGM-Funktionäre sind „reaktionäre Fortschrittler“.

Empirisch, nicht dogmatisch begründet

Otto Brenner hat mit der in einem Grundsatzreferat möglichen Deutlichkeit gezeigt, daß die von der IGM festgehaltenen drei gewerkschaftlichen Grundsätze der wirtschaftlichen Neuordnung — die Forderung nach einer volkswirtschaftlichen Gesamtplanung, nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und nach gleichberechtigter Mitbestimmung der Arbeitnehmer — nicht einem marxistischem Dogma entstammen und weder seit zehn noch gar seit hundert Jahren überholt sind. Dogmen sind durch Erfahrungstatsachen nicht beweisbare, unbezweifelbare Glaubenssätze. Die wirtschaftspolitischen Grundsätze aber der Gewerkschaften ergeben sich, wie Brenner (und Hans Böckler bereits 1949) zeigte, mit logischer Notwendigkeit *aus den objektiven Erfahrungstatsachen der sozialen Fehlleistungen und Katastrophen im 20. Jahrhundert*:

Ohne Gesamtplanung, so führte B aus, sei eine krisenfreie, ausgewogene wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung auf die Dauer nicht möglich. „Die Hochkonjunktur ist nicht ewig... Ein warnendes Beispiel ist die Entwicklung in der amerikanischen Wirtschaft ... Trotz gesteigerter Produktion blieb die Zahl der Arbeitslosen ständig zwischen 3,5 und 4 Millionen.“ (April 1961: 7 Millionen!) „Die große Weltwirtschaftskrise von 1929, aber auch die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts lehren uns: Wenn ... die soziale Sicherheit aus einem Schlagwort zur lebendigen Wirklichkeit werden soll, dann darf man die wirtschaftliche Entwicklung nicht allein (!) den Entscheidungen der einzelnen Unternehmer überlassen.“

Voraussetzung einer erfolgreichen gemeinwirtschaftlichen Ordnung ist dabei, daß „die privaten wirtschaftlichen Machtpositionen (wichtiger Schlüsselindustrien) beseitigt werden, von denen schon so oft ein unheilvoller Einfluß auf die deutsche Politik ausgegangen ist“ (Protokoll d. 6. Gew.-Tages d. IGM, S. 228).

Man sieht: nur eine „Kritik“, die nicht mehr fähig ist, zur Sache zu kommen, sondern vorgegebene Denk-Klischees kritiklos übernimmt, kann eine derart in der Erfahrung gegründete Programmatik dogmatisch-marxistisch nennen. Oder jene „Kritiker“ müßten auch *Adenauer* und die CDU marxistische Dogmatiker nennen, die noch nach 1945 — genau wie die notorisch unmarxistische Labour-Partei in England — einzig das *geschichtliche Fazit* zogen, als sie schrieben, was sie jetzt nicht mehr wahrhaben wollen: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ und eine gemeinwirtschaftliche „Neuordnung von Grund auf“ in ihrem Ahlener Programm vom 3- Februar 1947 forderten. Dieses heute verleugnete CDU-Programm stimmt in allen wesentlichen Punkten mit dem DGB-Grundsatzprogramm überein: Planung, Gemeineigentum, Mitbestimmung. Dr. Adenauer selbst erklärte noch im August 1947 (laut Stuttgarter Ztg. v. 16. 8. 1947): „Wir wollen den Bergbau und die Grundstoffindustrien der Herrschaft des privaten Kapitals entziehen ... Es sollen Gesellschaften gegründet werden, in denen die ‚Vertreter der öffentlichen Interessen‘ (Landesregierung, Gewerkschaften usw.) zusammen über die Mehrheit verfügen sollen.“

Was sind zehn Jahre?

Der Wert einer Kritik, die mit der Herkunft eines Gedankens aus dem 19. Jahrhundert operiert, ergibt sich bereits durch ihre Verwandtschaft mit der Phraseologie der intellektuellen Faschisten: die Rede vom finsternen 19. Jahrhundert, dem dies oder jenes (daher ebenso Finstere) entstamme, gehörte zum „kritischen“ Repertoire der *Goebbels* und *Rosenberg*⁴⁾. Ganz abgesehen davon, daß das Denken und die Politik des 19. Jahrhunderts wesentlich weniger chaotisch und destruktiv wie die des unseren waren: diese Datierung der gemeinwirtschaftlichen Konzeption ist ganz einfach falsch. Man kann bei *Stavenhagen*⁵⁾ und anderswo leicht nachlesen, daß der wissenschaftliche Sozialismus im 19. Jahrhundert wohl eine tiefdringende Strukturkritik des Kapitalismus geliefert hat, über Andeutungen einer neuen volkswirtschaftlichen Ordnung aber nicht hinausgegangen ist; erst nach den beiden kapitalistischen Katastrophen 1914 bis 1923 und 1929 bis 1934 wurden die Grundzüge einer neuen Ordnung der Volkswirtschaft entwickelt, die 1947 in das (verleugnete) CDU-Wirtschaftsprogramm und 1949 in das (von der IGM nicht verleugnete) Grundsatzprogramm des DGB eingegangen sind. *Otto Brenner* konnte daher mit Recht sagen: „Wir wollen im Grunde nichts anderes als das, was bereits zum Erkenntnischatz der modernen Nationalökonomie gehört, sofern sie sich nicht überholten liberalistischen Vorstellungen hingibt“ (Protok. 585).

Es geht, wie Brenner sagt, in erster Linie — wenn auch nicht allein — um die Aufstellung eines Nationalbudgets. Man kann dazu, im Gegensatz zu den „Kritikern“, die um eines polemischen Effekts willen (oder in völliger Kenntnislosigkeit) von *überholten* Thesen sprechen, höchstens das eine kritisch sagen: es ist bedauerlich, daß diese wirtschaftspolitischen Konzeptionen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften noch so neu, so *wenig entfaltet* sind!

Nun behaupten einige Kommentatoren zwar nicht, das DGB-Programm sei hundert Jahre zu alt, wohl aber zehn. Es sei aus der damaligen Not- und Mangelzeit zu verstehen, inzwischen habe die Marktwirtschaft auf ihre bessere Weise die Lage normalisiert und beispiellose Konjunkturerfolge erzielt. Dazu ist festzustellen, daß von einigen unwesentlichen. Nebenfragen abgesehen, die damals Wichtigkeit besaßen (z. B. Ent-

4) „Chaos des 19. Jahrhunderts“ mit seinem „ehrlosen Händlerideal. Was das 19. Jahrhundert in bürgerlicher Behäbigkeit, marxistischem Verbrecherwahn und weitester Ideenlosigkeit verbrochen hat, hat das heutige (!) 20. Jahrhundert wieder gutzumachen“. Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, 129. Aufl. München 1938, S. 559 f. Ähnlich 202 f., 444 ff., 590 u. a.
5) G. Stavenhagen, *Gesch. d. Wirtschaftstheorie*, 2. Aufl., Göttingen 1957, S. 135 ff., 159 ff. und 494 ff.

flechtungs- und alliierte Kontrollprobleme, ferner einige Grundstoff-Engpässe), die gemeinwirtschaftlichen Prinzipien gesellschaftspolitisch heute sogar noch aktueller geworden sind, wenn auch ihre Aktualität nicht jedem so offenkundig ist wie vor zehn Jahren. Sie haben nichts von einer Ausnahmeregelung, vielmehr sagt das CDU-Programm bereits 1947 — während der Ausnahmesituation: „Planung und Lenkung werden auch in *normalen Zeiten* in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.“

Es ist erstaunlich, wie leichtfertig bürgerliche Ökonomen und Journalisten kurze, geschichtlich begünstigte Konjunkturperioden zum Anlaß für selbstzufriedene und einschläfernde Behauptungen nehmen: als habe der Kapitalismus sich nunmehr endgültig konsolidiert und erfülle aus sich heraus dauerhaft jene volkswirtschaftlichen Aufgaben. Wie wenig zehn Jahre der (höchst unstabilen) Konjunktur die Behauptung rechtfertigen, die Grundsatzpolitik der IGM sei überholt, mögen zwei Zitate zeigen, die für sich selbst sprechen:

Die von der IGM festgehaltenen gemeinwirtschaftlichen Thesen sind dieselben, „die vor ebenfalls zehn Jahren der sozialdemokratische Wirtschaftsexperte, Professor *Nölting*, verkündete und die er der Marktwirtschaft gegenüberstellte, also der Wirtschaftsordnung, die nach seiner Meinung innerhalb kürzester Zeit hätte zusammenbrechen müssen. Selten ist ein Politiker so schlagend widerlegt worden“.

So schreibt Herr *Vetter* von der FAZ auf der Höhe der Hochkonjunktur. Hören wir, wie *Werner Sombart* in der Konjunktur der zwanziger Jahre dasselbe schrieb, und was *Felix Pinner*, der Erforscher der Wirtschaftskrisen, ihm 1937 darauf antwortete:

„1927 schrieb Werner Sombart: ‚Deutschland und Österreich erfuhren noch im Jahre 1873 eine schwere Krisis. Und seitdem besteht eine deutliche Neigung im europäischen Wirtschaftsleben, die Gegensätze auszugleichen, abzumildern, zum Verschwinden zu bringen... Was aus dem sich selbst überlassenen Kapitalismus hervorwuchs, war ... das Gegenteil der prophezeiten Verschärfung der Krisen (S. übergeht den Weltkrieg! F.V.);... es war die Stabilisierung der Konjunktur.‘

Selten wohl ist eine Prophezeiung in so grausamer Weise Lügen gestraft worden. Denn ein paar Jahre, nachdem Sombart diese Sätze niedergeschrieben hatte, brach die große Weltkrise über die internationale Wirtschaft herein“, von der man feststellte, daß sie „die schwerste und zugleich umfassendste sei, die die Weltwirtschaft jemals heimgesucht habe“ (F. Pinner, *Die großen Weltkrisen*, Zürich 1937, S. 4).

Welches Niveau hat die Kritik einer Wirtschaftskonzeption, wenn sie sich von einer Konjunktur blenden läßt, in der gefährliche, zu einer Gesamtordnung unfähige private Machtblöcke neu sich konzentriert haben, und in der nüchterne Ökonomen wie der führende französische Wirtschaftspolitiker *Jacques Rueff* bereits wieder warnen, „die Lage werde täglich mehr derjenigen ähnlich, die 1929 zu der großen Krise geführt habe“ (FAZ v. 28. 6. 61).

III

„Isoliert“, „welfremd“ durch „falsche Berater“

Nehmen wir nunmehr drei weitere Stereotypen zur Kenntnis, die dazu dienen, den von der IGM geforderten Weg zu einer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Neuordnung einfach als verstiegen, als fehlgeleiteten Alleingang darzustellen, statt sich sachlich mit ihm zu befassen. Während man sonst so beschwörend gegen das Kollektive, das Massenmenschen tum predigt, versucht man hier den, der sich nicht mehrheits- und herrschaftskonform verhält, als „hoffnungslos isoliert“ zu brandmarken und dadurch in die Herde zurückzutreiben:

IG METALL UND SYSTEM DER SPRACHREGELUNG

B innerhalb des DGB stärker als je isoliert, politisch links der SPD (4); wenn die Konzeption Bs den gew Kurs der nächsten Jahre bestimmt, wird die Gew aus der Isolierung nicht herauskommen. Isolierung führt stets zur Erfolglosigkeit (2); IGM isoliert sich (15), in völlige Isolierung hineinmanövriert (15).

Und dieselben, die der Gewerkschaft sonst die Nähe zur SPD ankreiden, beklagen jetzt die mangelnde Gefolgschaftstreue der IGM:

IGM-Konzept widerspricht schreiend dem GoPr der SPD (11); zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte laufen die programmatischen Zielsetzungen der beiden großen Organisationen auseinander (1); Schaden in Wählerstimmen zu schätzen (7 b, 7), ähnlich (15) und (16).

Auch einen Widerspruch zur DGB-Führung und zur Gewerkschaftsmehrheit sucht man zu konstruieren, wobei schlankweg falsche Behauptungen lanciert werden: die IGM sei die einzige Gewerkschaft in der Bundesrepublik, die noch Gemeineigentum an den Schlüsselindustrien fordere (1). (In Wahrheit liegen, soweit überhaupt ausdrückliche Erklärungen existieren, von der IG Bergbau und der IG Chemie klare Entscheidungen zum Gemeineigentum und zum Grundsatzprogramm vor; Gewerkschaften wie die GdED, ÖTV und die Postgewerkschaft stehen ohnehin dem gemeinwirtschaftlichen Denken nahe.)

Einige „Kritiker“ gehen dann sogar dazu über, den Führern der linken Organisationen Ratschläge gegen die IGM zu erteilen, wobei in einem Fall leider die persönliche Böswilligkeit, verbunden mit intellektueller Unredlichkeit, in mehreren Organen Gelegenheit fand, sich aufzuspreizen⁶).

Wer die Straße der allgemeinen konjunkturellen Selbstzufriedenheit verläßt, um Pionier notwendiger neuer Wirtschaftsgestaltung zu bleiben, dem wird *morgen* das Volk für sein waches Zielbewußtsein danken, wenn — mit oder ohne Krise! — immer drängender sich zeigt, daß ein rein privatwirtschaftliches Profitdenken die gesellschaftlichen Probleme im weltweiten Wettbewerb der Kräfte nicht zu bewältigen vermag. (Schon heute sind wir ein bildungsmäßig unterentwickeltes Volk!) *Heute* muß er die Kraft haben, von den dem Augenblick, dem Status quo Verfallenen als isolierter Alleingänger angezeigt zu werden; er muß sich auch gelassen sagen lassen können, daß seine Zielsetzungen weltfremd, utopisch seien:

keine Partei wäre bereit, ihre wipol Vorstellungen zu verwirklichen (4); gesellschpol Dogma, das nirgends auf der Welt verwirklicht wurde (2: ausgerechnet das evangel. Sonntagsblatt! — man möchte rückfragen: Seit wann wird eigentlich an der Verwirklichung der christlichen Gebote auf der Welt gearbeitet?!); viel Energie für eine von vornherein aussichtslose Sache (4); Weltfremdheit der Funktionäre (7), sie sind weltfremd erzogen (7 b), IGM-Vorstandsmitglieder können die gesellschaftliche Wirklichkeit einfach nicht sehen (7 a); Blick für die Realitäten der Gegenwart getrübt (15); monoton wiederholend in vielen Artikeln: nicht zeitnah, nicht wirklichkeitsnah, nicht zeitgemäß.

6) Es ist hier leider nötig, ein offenes Wort über *Otto Witt* (7—7d) zu sagen. Dieser Journalist spritzte in diversen Artikeln Gift gegen die „klassenkämpferische“, „weltfremde“, „marxistischen Aufguß“ bietende, „isolierteste“ IGM und spielte sich als Chefberater der Arbeiterbewegung auf, dringend „Distanzierung“ von der Gewerkschaft fordernd, die den Unfug begehe, die Konjunktur zu vergessen oder mit einer Handbewegung abzutun (7a). Nun gut, denkt man, ein ganz Verbiesterter, der es nicht besser weiß. Aber dem ist nicht so. Herr Witt kann auch anders. Einer nonkonformistischen Zeitschrift verkauft er auch Nonkonformismus; so unter dem Titel „Was denkt der Arbeiter“ dem ausgezeichneten evangelischen „Radius“ (Dez. 59) folgendes: „der Tanz um das goldene Kalb . . . demoralisierte (in der Arbeiterschaft) zunächst den Willen nach einer anderen Gesellschaftsordnung“ (klagte der Witt, der hier die Funktionäre der IGM, die von der Konjunktur sich nicht demoralisieren ließen und auf der Neuordnung der Gesellschaft bestanden, weltfremde Dogmatiker nennt). Dort beschrieb Witt mit harten Worten, wie es seit 1950 mit der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit zu Ende ging, die Kapitalmacht sich neu konsolidierte, der Arbeiter wieder auf den Lieferanteneingang der Gesellschaft verwiesen wurde» auf den Platz „unten“, ähnlich wie der leibeigene Bauer des Mittelalters — hier aber, wenn Brenner dasselbe, etwas sachlicher, darstellt, nennt Witt das „klassenkämpferische Erinnerungen aus den Archiven“ hervorholen, befremdlichen „Mangel an Wirklichkeitssinn“. Und schließlich, makaber genug: derselbe Witt, der im „Radius“ im Namen der Arbeiter deren Führung des ziellosen Weiterwursteins zeitt: „die alten, auf klare Ziele gerichteten Ideen der Arbeiterbewegung sind verbraucht“, weil kaum noch einer an sie glaube, „die Führung hat ihr Selbstbewußtsein verloren“, sie begnügt sich mit „lohnpolitischen und arbeitsrechtlichen . . . Reparaturen“ — derselbe Witt tut nun, in einer Artikelflut gegen die IGM, alles, um deren Ideentreue, deren klares Zielbewußtsein als obsolet zu diffamieren und zu destruieren. — Soviel, notgedrungen, über Otto Witt, wahrlich ein intellektuelles Chamäleon!

FRITZ VILMAR

Vielfach schließt sich hier eine rhetorische Frage an, mit der versucht wird, den IGM-Vorsitzenden und seine Mitarbeiter persönlich zu diffamieren, einsame Beschlüsse oder — je nachdem — graue Eminenzen für die „weltfremden“ Ideen verantwortlich zu machen:

B, der allmächtige Boß der Metaller (3); was dieser Boß nicht will, wird nicht geschehen (10); Boß der IGM lenkt seine Gew mit selbstherrlichen Beschlüssen (11).

Wenn *ein* Mensch nicht dem gleicht, was man sich unter einem Boß vorstellt, dann ist es der eher sensibel wirkende Otto Brenner. Aber zur abschreckenden Legendenbildung paßt halt der vulgäre Ausdruck robuster ellbogengebrauchender Macht und die groteske Vorstellung, eine hochdifferenzierte Organisation mit klarer Funktionsteilung und traditionell starker Vorstands-Demokratie könne von einem „Allmächtigen“ gelenkt werden. Eine nicht weniger dumme Legende wiederum macht den Vorsitzenden zum Strohmann:

B hat sich von seinen Ratgebern in die Sackgasse führen lassen? (4) Frage, ob B die richtigen Berater hat, viel Schuld wird Prof. Abendroth zugewiesen (7); umgeben von Beratern, die ihm falsche Gedanken suggerieren (10). Natürlich läßt man auch Agärtz als geistigen Vater aufmarschieren: (3), (10), (11), (15), (16).

IGM und SPD

Dem seinerzeit vom *Spiegel* lancierten Geraune über den „brain-trust“ um Brenner, der angeblich die ideologischen Richtlinien erarbeite, ist der Tatbestand gegenüberzustellen: der Vorstand der IGM hat zur Analyse und Bewältigung seiner gewerkschaftspolitischen Aufgaben eine Reihe von sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Mitarbeitern herangezogen; gerade dadurch wird sowohl das Beharren in wirklichkeitsfremden Ideologien als auch das ziellose Fortwursteln von Tag zu Tag verhindert und eine moderne, sachbezogene und durchdachte Organisationsarbeit ermöglicht. Wer die Veröffentlichungen dieser Gewerkschaft liest, kann sich jederzeit von der streng sachlichen, ideologiefreien Denkweise und Sprache dieser Mitarbeiter und Berater überzeugen, ob sie nun *Friedrichs*, *Opel*, *Thönnessen* oder *Kentier* heißen, oder gar *Eugen Kogon*, *Wolfgang Abendroth* und *Fritz Baade*. Nur wer einen wohlfeilen Anti-Intellektualismus hochspielen und der IGM die Kraft wissenschaftlicher Fundierung nicht gönnen will, kann kritisieren, was er anderswo als selbstverständliche Vorbedingung moderner Verbands- und Organisationsarbeit anerkennen würde.

Dem stereotypen Einwand aber eines praktischen Opportunismus und theoretischen Positivismus, der engstirnig das Unmittelbare für das Unüberschreitbare, Gültige hält: die IGM strebe isoliert Unrealisbarem zu, entferne sich vom neuen sozialdemokratischen Realismus, sind wiederum die deutlich klärenden Worte Otto Brenners entgegenzuhalten:

In den vergangenen Jahren, so zeigte B, haben die Gew mit großem Erfolg an der Verwirklichung der *Nahziele* des Aktionsprogramms von 1955 gearbeitet. Nachdem die kapitalistische Restauration die gemeinwirtschaftliche Neuordnung, in deren Notwendigkeit sich bis 1949 „alle Politiker und Parteien einig“ waren, zunächst vereitelt hatte, „erkannten die Gew, daß sie den Übergang von einer grundsätzlichen zu einer tagespolitischen Orientierung ihrer praktischen Arbeit vollziehen mußten.

Heute können wir sagen: Der Übergang ist ihnen gelungen. Ja, er ist ihnen vielleicht manchmal zu gut gelungen. Das heißt, es besteht die Gefahr, das Fernziel aus den Augen zu verlieren und in den Tagesaufgaben aufzugehen...

Von vornherein bestand Klarheit darüber, daß ein solches (Aktions-)Programm nicht die grundsätzlichen Ziele des DGB von 1949 ersetzen sollte ... Man hat sich in der Öffentlichkeit viel Gedanken über die von uns gefaßten Beschlüsse gemacht und festgestellt, daß diese Auffassungen

IG METALL UND SYSTEM DER SPRACHREGELUNG

von parteipolitischen abweichen. Das ist richtig. Man regt sich darüber auf, daß wir abweichen. Sonst sagt man, wir tun es nicht oder zuwenig.

Man sagt, unsere Beschlüsse seien nicht bindend für eine Partei. Selbstverständlich sind sie das nicht. Aber es ist auch umgekehrt richtig. Parteibeschlüsse sind nicht bindend für uns. Wir sind keine Partei und kein Parteiersatz, und wir wollen es auch nicht sein! Wir vertreten die Interessen der Arbeitnehmer mit den uns gegebenen Mitteln in voller Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Eine Partei vertritt vielschichtigere Interessen. Ihre Politik ist unmittelbar auf andere politische Ziele gerichtet, auch wenn die Arbeitnehmer in ihr eine wichtige Rolle spielen. Es läßt sich also beim besten Willen kein Gegensatz konstruieren, soweit er nicht in der ... gesellschaftlich bedingten Aufgabenteilung liegt.“ (Protok. S. 242 f u. 584 f).

Jeder, der die Notwendigkeit und die Schwierigkeit erkannt hat, in unserer Massendemokratie die Erfordernisse langfristiger Gesellschaftspolitik nicht zugunsten eines prinzipienlosen Kuhhandels der Interessengruppen preiszugeben, sollte den hier vortragenen Gedanken einer *gesellschaftlichen Aufgabenteilung* der beiden großen Organisationen einer sozialen Demokratie sehr ernst nehmen. Man sollte wahrlich den Verantwortlichen einer großen Gewerkschaft dankbar sein und sie um der Zukunft unserer Gesellschaft willen unterstützen, wenn sie versuchen, der Verpflichtung gerecht zu werden, die einem der wenigen starken und unabhängigen Verbände zuwächst inmitten eines politischen Lebens, das im kurzatmigen Spiel der Opportunitäten sich zu erschöpfen droht. Während dies geschrieben wird, erscheint in der FAZ vom 29. Juni 1961 der Bericht über die mahnenden Worte von *Walter Dirks* auf dem Kongreß der Gewerkschaft ÖTV. Nichts könnte besser diesen Abschnitt, die Erwiderung auf die Stereotypen „isoliert“ und „wirklichkeitsfremd“ beschließen:

Walter Dirks hat das fehlende Gefühl für die gesellschaftliche Zukunft in der Bundesrepublik beklagt... Gerade die Gewerkschaften könnten in einem zukunftslosen Klima am schlechtesten gedeihen. Wenn man heute nicht mehr so von ihnen spreche wie zu Lebzeiten *Hans Böcklers*, so liege das auch an dem Gefühl, daß die Gewerkschaften an der Zukunftslosigkeit teilhaben, ungefährlich seien und nichts anderes von ihnen zu erwarten sei als Lohnforderungen und Ruhrfestspiele ...

Dirks forderte die Gewerkschaften auf, „reale Utopien“ zu erarbeiten, die vom Zustand der Gegenwart ausgehen und ihn so verändern wollen, daß er von allen Bevölkerungskreisen im großen und ganzen als gerecht empfunden werde.

IV

Der Stereotyp „östlich“

Willy Brandt sagte bei seiner Ansprache auf dem IGM-Kongreß völlig richtig, es komme darauf an, „die wirtschaftspolitische Debatte — in deutschen Ländern mehr noch als bisher und mehr noch als anderswo — ihres dogmatischen, zuweilen ihres primitiven Charakters zu entkleiden“ (Prot. S. 19). Diese Mahnung trifft nicht die Konzeption der IGM, wie manche glaubten unterstellen zu dürfen: denn diese Konzeption entspricht durchaus der Formel, zu der Brandt sich bekannt hat: „Enges Zusammenspiel von öffentlicher und privater Initiative“ und steht damit jenseits des primitiven Entweder-Oder von Privat- oder Planwirtschaft. Die Worte Brandts klingen vielmehr wie eine Vorahnung dessen, was die meisten Kommentatoren an Undifferenziertheit, an entstellender Simplifizierung der gewerkschaftlichen Wirtschaftskonzeption sich geleistet haben, indem sie die primitive Gleichung kolportierten: IGM will Planung plus Gemeineigentum gleich totale Staatswirtschaft gleich Ostwirtschaft. Ernsthafte Journalisten und insbesondere christliche Zeitungen (wie [2] und [3]) sollten doch auch hierzu-lande beginnen, derartige antikommunistische Taschenspieler-Tricks für würdelos zu halten:

IGM-Wipol unterscheidet sich kaum von den Zielsetzungen der FDGB-Funktionäre (3); totale Sozialisierung (3); sie wollen schlicht und einfach das gesamte Wi-Leben verplanen (3); Recht auf Privateigentum fand nicht einmal eine platonische Bejahung (3); das Volk ist nicht mehr mit Schlagworten, wie „Vergesellschaftung“, „zentrale Verwaltungswirtschaft“, zu locken (2); Parallele zwischen der hier geforderten Sozialisierung und der vollzogenen in der Zone (1); B will westdeutsche Wirtschaft der des Ostens angleichen, will die freie demokratische Ordnung des Westens und das System des Zwanges im Osten miteinander kombinieren (10), kann ganz gegen seinen Willen zum Vorreiter östlicher Systeme werden (7 b); nützt wenig, den Kommunismus zu verurteilen, wenn man im gleichen Atemzug dessen Wi-Methoden preist (11); Verwendung des sowjetzonalen Vokabulars (15).

Konfrontieren wir dem zunächst die Aussagen Otto Brenners, die allen diesen „Kritikern“ schriftlich vorlagen:

Im GrPro des DGB „ist mit keinem Wort von einer zentralen Verwaltungswirtschaft die Rede, sondern ganz im Gegenteil von einer Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Freiheit des Menschen gesichert ist“. B bekennt sich — wie oben bereits zitiert (S. 539) — zu der Rahmenplan-Konzeption der modernen *westlichen* Nationalökonomie: „Aufstellung eines Nationalbudgets“ und vorwiegend indirekte, der freien unternehmerischen Initiative weiten Spielraum lassende Konjunkturplanung: „bewußte Zusammenfassung aller wirtschaftspolitischen Aktivitäten mit dem Ziel, die Vollbeschäftigung, das Wirtschaftswachstum und einen steigenden Lebensstandard für die arbeitenden Menschen *nachhaltig* zu sichern“. (Prot. S. 585.)

„Heute ist Wirtschaft ohne ständige Intervention des Staates nicht mehr möglich. Das heißt: Neben (!) das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist eine andere gesellschaftliche Kraft getreten, die lenkend und regulierend in den Industrieprozeß ... eingreift. Diese Entwicklung ist ja auch der tiefere Grund dafür, daß unser gew GrPro *nicht die Sozialisierung der gesamten Wi fordert*, sondern sich auf die entscheidenden Kommandohöhen der Wi beschränkt. Der Vorwurf, daß wir alles über einen Leisten schlagen wollen, ist also in keiner Weise gerechtfertigt.“ (Prot. S. 229.)

Nimmt man zu diesen Aussagen noch Brenners eindringlich anthropologisch begründetes (Prot. S. 230) Bekenntnis zur Mitbestimmung als einer Demokratisierung, Vermenschlichung der Wirtschaft von der Basis her, die — vom Sonderfall Jugoslawien abgesehen — der Ostwirtschaft völlig fremd ist: so erhellt aus dieser Konfrontation die absolute Absurdität einer Parallelisierung der IGM-Konzeption mit östlicher Planwirtschaft; bis in die Einzelheiten ist, wie die Dokumentation zeigt, von vielen Kommentatoren geradezu das Gegenteil von dem behauptet worden, was auf dem Gewerkschaftstag formuliert wurde. Wenn nicht eine Diffamierungsabsicht vorliegt — und mit der einen, begründeten Ausnahme hat diese Analyse sich bewußt dieses Vorwurfs enthalten — so mag doch dieser durch nichts zu begründende und objektiv schwer diffamierende Ostverdacht allen redlichen Meinungsbildnern in der Bundesrepublik ein alarmierendes Zeichen zur Selbstprüfung sein, wenn sie hier auf Grund unwiderlegbarer Fakten erkennen, in welchem Maße bei uns ein System der schrecklichen Vereinfachung, der antigewerkschaftlichen Vorurteile und Sprachregelungen die sachliche Information und Diskussion verunmöglicht.

Die Frage ist: Wer plant?

Dabei verweisen die Ausführungen Brenners auf einen besonders wichtigen Tatbestand: nicht nur sind in der *theoretischen* Konzeption die *gemeinwirtschaftlichen* Zielvorstellungen des DGB-Grundsatzprogramms aber auch nicht in einem einzigen Punkt der östlichen Konzeption, gar dem „sowjetzonalen Vokabular“ verwandt; da könnte man sagen und sagt man: na schön, aber in der Praxis führt es zu östlichen Zwangsformen. Nein: auch in der *Praxis* westlicher Wirtschaftsführung greift, wie Brenner betont, seit langem der Staat planend, regulierend ein, und seit langem wird mit gro-

ßen sozialisierten Wirtschaftssektoren höchst erfolgreich in England, Österreich, Frankreich, Skandinavien — ja auch in Westdeutschland gearbeitet, ohne daß in einem dieser Länder der echte Wettbewerb, die Freiheit des Konsumenten, des Arbeiters oder die freiheitliche Staatsordnung darunter gelitten hätte⁷⁾.

Grundbedingung einer Ent-Ideologisierung und Ent-Primitivierung der wirtschaftspolitischen Diskussion wäre demnach, daß man die irrealen und dogmatischen Wunschformeln: Planung und Gemeineigentum gleich östlicher Zwang — Konkurrenz und Privateigentum gleich westliche Freiheit endgültig ins Märchenreich der politischen Propaganda verbannt. Man sollte demgegenüber zur Kenntnis nehmen, daß auch im Westen längst geplant und gemeinwirtschaftlich produziert wird, und daß die IGM ebenso wie viele unvoreingenommene Ökonomen heute nur deshalb eine grundlegende Neuordnung des *Verhältnisses* von Planung und Wettbewerb, von Privat- und Gemeinwirtschaft fordern, weil heute ziellos, nur partiell, interventionistisch oder aber wettbewerbsfeindlich von den Kartellen geplant und vielfach — gerade hierzulande — der privatwirtschaftlichen Macht ein viel zu großer Spielraum gelassen wird⁸⁾.

Im Osten wird versucht, durch Planung eine industrielle Gesellschaft *aufzubauen*, und zwar mit Zwang, vor allem deshalb, weil man den Westen einholen will; im Westen geht es darum, die Kräfte und Güter einer *vorhandenen* industriellen Überfluß-Gesellschaft planvoll zu lenken und aufeinander abzustimmen; es gibt hinreichend erprobte Methoden „marktkonformer Lenkung“, gemeinwirtschaftlicher Einflußnahme und demokratischer Mitbestimmung, die Zwang und Mangel ausschließen. Allein dieser Gegensatz, einmal erkannt, muß jede Vermischung östlicher und westlicher, gewerkschaftlicher Planungsvorstellungen verbieten. Wer beide dennoch vermischt, unterwirft sich der konformistischen Sprachregelung. Die sachgemäße Frage, die immer machtvoller auch auf uns im Westen zukommt, wird dadurch zu unser aller Schaden verdrängt: sie lautet längst nicht mehr, *ob*, sondern, *wie* und *von wem* geplant wird, auf welches *Ziel* hin.

Fazit und Aufgabe

Wir haben hier sechs Gruppen gedanklicher und sprachlicher Wendungen vorgeführt, die wir als Stereotypen, immer wiederkehrende Formeln in einem System konformistischer Sprachregelung kennzeichneten.

Konformismus — hier in Erzeugnissen der Meinungsbildung dingfest gemacht — äußert sich im unkritischen Festhalten an dem, was ist, — im Reden in Wendungen, wie sie ein denkfaules Publikum und die Profiteure des Bestehenden lieben — im Unwillen, anstehende Probleme der Neuorientierung und Neugestaltung, Umgestaltung der Politik und Gesellschaft sachverbunden zu durchdenken — in der raschen Bereitschaft, derart zukunftsvolles (daher immer auch riskantes) Programmieren als unzeitgemäß, Outsidertum, utopisch, östlich zu diffamieren.

7) Vgl. 2. B. über die bedeutenden nationalisierten Sektoren, die eine freiheitliche Sozialordnung nicht stören, sondern stützen, in Frankreich und England: Handwörterb. d. Sozialwissenschaften, Bd. 9, S. 469—478; über die außerordentlichen Erfolge der in Gemeineigentum befindlichen österreichischen Industrien unterrichtete kürzlich ein Bericht in der Zeitung IG Druck (April 61); der sozialisierte Sektor produzierte 1959 Werte in Höhe von 20,2 Mrd. Schilling, 3 vH mehr als im Vorjahr und insgesamt ein Drittel der gesamten österreichischen industriellen Wertschöpfung. Die sozialisierte Stahlindustrie beweist ihren „Mangel“ an unternehmerischer Initiative durch weltberühmt gewordene, bahnbrechende neue Stahlerzeugungsmethoden. — Als Beispiel gemeinwirtsch. „Mißerfolge“, bei uns wäre z. B. das VW-Werk zu nennen.

8) Die Frankfurter Hefte haben das Verdienst, in einer Dokumentation von Michael Kogon „Planen und planen lassen“ (11/59, S. 781 ff.) reiches Material vorgelegt zu haben, das zeigt, daß im Westen längst keine „freie Marktwirtschaft“ mehr herrscht, daß mehr als genug geplant wird — aber falsch: unkoordiniert, ad hoc, durch- und gegeneinander. Eine demokratische Rahmenplanung würde im Gegensatz zu den rein profitinteressierten heutigen Kartellplanungen die positiven, rationalen Elemente des Marktmechanismus nicht hemmen, sondern fördern. Die gew. Konzeption deckt sich hier weitgehend mit den demokratisch-sozialistischen Vorstellungen, die zuletzt zusammenhängend dargestellt worden sind bei Kurt Nemitz: Sozialistische Marktwirtschaft, Frankfurt 1960; vgl. GM 6/61, S. 391. Der umfassende Nachweis, daß wir längst in einer weitgehend geplanten Gesellschaft leben und zeitgemäß einzig die Frage ist, wie freiheitlich geplant werden kann, findet sich bei K. Mannheim, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, Darmstadt 1958, Kap. IV, V u. VI.

FRITZ VILMAR

Wenn diese qualitativen, relativ repräsentativen Analysen anhand der Presse-Reaktionen auf die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der IGM einen Sinn haben, dann diesen: dem redlichen Denken einen typischen Bestand der geist- und freiheitstötenden konformistischen Sprachformeln *bewußt gemacht* zu haben. Das mag in Zukunft der kritischen und selbstkritischen Prüfung von Reden und Texten dienlich sein; wer sich auf Wendungen einläßt, wie sie in den Varianten der sechs Gruppen erscheinen, der läßt sich, so meinen wir, auf den Geist des Konformismus, auf die Vergötzung des Status quo ein.

Die Aufgabe einer sachgemäß-kritischen Auseinandersetzung mit dem gewerkschaftlichen Grundsatzprogramm aber, das sei abschließend betont, sollte in Zukunft energisch angepackt werden. Daß die „Kritiker“ des IGM-Kongresses sie nicht konkret angepackt haben, bedeutet keineswegs, daß sie nicht besteht. *Ein* Kommentator (1) hat einen Zipfel des Problems erwischt: die Gewerkschaften selbst haben in den vergangenen zehn Jahren versäumt, eine eingehende Ausarbeitung ihrer Konzeption der wirtschaftlich-sozialen Neuordnung zu schaffen, „ein gerade erst ins Leben gerufener Ausschuß (der IGM) soll umfangreiche Forschungsaufträge vergeben. Entstehung und Entwicklung der deutschen Stahlindustrie... sollen untersucht werden. Vergleiche mit Frankreich und Großbritannien würden nötig sein, so ließ Brenner wissen. Erst dann, wenn der Boden so gründlich durchforscht sein wird, will die IGM ihre ‚der industriellen Entwicklung angepaßten‘ Vorschläge machen. Ein weiter Weg...“ Was hier, vielleicht vereinfacht, gesagt wurde, trifft die Kritik und die Aufgabe, um die es in der Tat geht: daß endlich im DGB und besonders auch in der IGM die Konkretion, die in die Fülle der Einzelprobleme vorstoßende Ausarbeitung und Diskussion der an sich so richtigen und notwendigen Grundsätze zur wirtschaftlichen Neuordnung in Gang kommt.